



über die
2. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Donnerstag, dem 08.06.2006
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Gabriele Bartosch
Herr Heinrich Behrens
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Heiko Klanke
Frau Annette Mann

Ratsmitglieder CDU

Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Frank Ambrosch
Herr Oliver Bartosch
Herr Michael Dubbel
Herr Daniel Heidler

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Burkhard Brettschneider
Herr Marc Nathmann

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Martin Böcker

Sachverständige

Herr Reinhard Forthaus
Herr Ludger Töpfer

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Herr Klaus Güldenhaupt
Frau Elisabeth Schwenzner

entschuldigt fehlten

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Reinhard Hasler
Herr Bernhard Kohl
Frau Dagmar Leidecker
Herr Alfred Mallitzky
Frau Ina Scharrenbach
Herr Björn Tuxhorn

Herr **Eckardt** begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Presse, die Zuhörer sowie den Schulamtsdirektor Herrn Forthaus und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Verwendung der Landesmittel aus der Sportpauschale	023/2006
2	Produktsteuerung zu den Produktbereichen 21 und 42 hier: Bericht der Verwaltung	
3	Schulverbände hier: Bericht der Verwaltung	
4	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
023/2006

Verwendung der Landesmittel aus der Sportpauschale

Herr **Güldenhaupt** verwies auf die Mitteilungsvorlage und erläuterte das Verfahrensschema zur Verwendung der Sportpauschale. Die Höhe der für Vereinsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel sei abhängig von der Höhe der jeweiligen Sportpauschale. Für das Jahr 2006 errechne sich der 20 %-ige Anteil von dem Betrag in Höhe von 123.428,00 €. Herr Güldenhaupt unterstrich, dass das Verfahren in enger Abstimmung mit dem Sportverband Kamen e.V. entwickelt worden sei und dankte für die konstruktive Mitarbeit.

Frau **Dyduch** bewertete die zwischen der Verwaltung und dem Sportverband erarbeitete Regelung als positiv und verwies auf ähnliche Richtlinien im Jugendbereich.

Auf ihre Frage nach der Information des Schul- und Sportausschusses sagte Herr **Güldenhaupt** einen jährlichen Bericht zu.

Seitens des Sportverbandes Kamen e.V. dankte Herr **Töpfer** für die Aufstellung dieser Richtlinie, die einerseits Planungssicherheit gebe, aber andererseits auch eine wichtige Entscheidungshilfe darstelle. Anträge für das laufende Jahr lägen auch bereits vor. Im Jahr 2006 verlängere sich die Antragsfrist aber vom 01.04. auf den 30.09., um den Vereinen noch ausreichend Zeit für eine Antragstellung zu geben.

Bei der Richtlinie handele es sich, so Herr **Güldenhaupt** auf die Frage von Herrn **Kissing** nach dem formalen Status, um eine interne Verwaltungsrichtlinie.

Zu TOP 2.

Produktsteuerung zu den Produktbereichen 21 und 42
hier: Bericht der Verwaltung

Frau **Schwenzner** veranschaulichte anhand eines Folienvortrages die wesentlichen Ertrags- und Aufwandszahlen der einzelnen Produkte aus den Produktbereichen 21 und 42. Die Darstellung bezog sich schwerpunktmäßig auf die durch den Bereich Schule und Sport bewirtschafteten Buchungsstellen (s. beigefügte Folien). Frau Schwenzner informierte ergänzend u.a. über zu erwartende Änderungen bezüglich der Erhöhung der Versicherungsbeiträge durch den Malusbeitrag ab 2007, die Erhöhung des Eigenanteils für das FlashTicketplus ab August 2006 von 7,70 € auf 8,10 € bzw. 5,10 € auf 5,40 € für Geschwisterkinder, die Kostensteigerung von ca. 4,1 % für das Schulwegjahresticket, den Wegfall von Silentien für Grundschulen mit einer Offenen Ganztagsgrundschule, die Erarbeitung eines Vorschlages seitens der Verwaltung für eine Kostensenkung für das Mittagessen in der Mensa des Schulzentrums und die gestiegene Mehrbelastung zur Kreisumlage für die Stammschule E.

Bezogen auf die Ertrags- und Aufwandssummen für die offene Ganztagschule im Grundschulbereich sowie für die Förderschule teilte Herr **Güldenhaupt** mit, dass die Förderanträge gestellt seien, die Zuwendungsbescheide aber noch nicht vorlägen. Bei den Kosten für die Umsetzung der offenen Ganztagsgrundschule handele es sich um die Zahlungen an die Träger. Die Kalkulation sei auf Basis der Kooperationsverträge für das Schuljahr 2005/06 erfolgt. Für das Schuljahr 2006/07 seien die Kooperationsverträge gerade geschlossen worden. Es gebe leichte Kostensenkungen, die sich aber erst ab August auswirkten.

An diesem Beispiel, so Herr Güldenhaupt weiter, werde auch deutlich, dass in der Produktverantwortung und -zuständigkeit ständig an Optimierungen der einzelnen Ansätze und Transparenz durch die Kenn- und Messzahlen gearbeitet werde.

Herr **Brüggemann** sah in dem Bericht der Verwaltung nicht nur die Information über den aktuellen Stand in der Umsetzung der Produkte, sondern auch die Möglichkeit für die Fraktionen, sich mit Vorschlägen konstruktiv in die Steuerung einzubringen.

Herr **Behrens** erinnerte an die Änderung der Schulanfangszeiten, die erste Effekte für den kommunalen Haushalt gebracht hätten.

Als positiv bewertete Herr **Kissing** den hohen Informationsgehalt für die Fraktionen.

Zu TOP 3.

Schulverbände
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Brüggemann** legte dar, dass das neue Schulgesetz und dessen Änderungen mit dem § 82 bewusst einen Weg eröffnen, den Fortbestand kleiner, wohnortnaher Grundschulen zu sichern. Hintergrund sei die demografische Entwicklung. Der Weg, kleinere Schulen zukunftsfähig aufzustellen und ihnen eine weitgehende Bestandsgarantie zu vermitteln, sei wohl der Grundschulverbund, in dem die kleinere Schule als Teilstandort geführt werden könne. Insofern habe der CDU-Antrag vom 17.05.2006 die Verwaltung nicht überrascht. Im Gegenteil habe die Verwaltung zeitgleich auf Einladung erste Gespräche im Rahmen einer Arbeitsgruppe auf Ebene der Bezirksregierung geführt. Überrascht hingegen sei die Verwaltung von der Rücknahme des Antrages vom 31.05.2006 gewesen. Es sei aber nicht Aufgabe der Verwaltung, so Herr Brüggemann weiter, den überraschenden Sinneswandel politisch zu interpretieren und zu kommentieren. Die Rücknahme des Ursprungsantrages habe aber zu einer Reihe von Stellungnahmen und Leserbriefen geführt, die seiner Meinung nach der Josefschule nicht helfen würden. Die Verwaltung habe in Telefonaten sowohl mit dem Schulleiter der Josefschule als auch mit der Schulpflegschaftsvorsitzenden und dem Vikar der Kath. Kirchengemeinde Heilige Familie erklärt, dass auch die Josefschule mit dem Ziel der Zukunftssicherung in das Gespräch einbezogen und mögliche Wege zur weitgehenden Bestandsgarantie erörtert werden sollen. Diese Zielsetzung sei seiner Erinnerung nach auch durchaus verstanden worden. Offensichtlich durch die für ihn nicht nachvollziehbare Rücknahme des CDU-Antrages sei, wie durch die öffentlichen Stellungnahmen deutlich werde, eine völlig andere Denkrichtung ausgelöst worden. Die Fraktionsentscheidung habe dazu geführt, dass die Josefschule in der Bewertung interessierter Eltern Schaden nehmen könne.

Herr Brüggemann stellte ausdrücklich klar, dass die Schulverwaltung beabsichtige, mit der Erörterung über Grundschulverbände zukunftssichernde Wege aufzuschließen. Dieses Ziel werde auch aus dem nachfolgenden Zitat aus einer von der Bezirksregierung gewünschten Situationsbeschreibung deutlich:

„...So sehe ich am Standort der Schule In der Mark in Heeren-Werve durch die Organisation eines Grundschulverbundes (Teilstandort) mit der in Heeren-Werve (Ortslage Heeren) gelegenen Brüder-Grimm-Schule die Chance einer Standortsicherheit über die bereits im Schulgutachten beschriebenen Zeitachsen hinaus. Dazu ist darauf hinzuweisen, dass sich gerade in der Ortslage Werve des Stadtteils Kamen-Heeren-Werve umfangreiche, im Rahmen des GEP-Verfahrens abgestimmte Wohnbauerwartungspotenziale befinden. Die werden – nach heutiger Einschätzung – mindestens die Demografieverluste in der Ortslage Werve wettmachen.“

In der ersten Gesprächsrunde ist aus der Mitte der Diskutanten auch, festgemacht an einem Beispiel aus dem Hochsauerlandkreis, auf die Möglichkeit der Verbände von Grundschulen mit gemischter Ausrichtung (Konfessionsschulen und Gemeinschaftsschulen) hingewiesen und auf die verschiedentlich formulierte konsensuale Begleitung der Landeskirche und/oder der zuständigen Bistümer verwiesen worden. Das wohl auch vor dem Hintergrund, derartige Einrichtungen in Einzügigkeit über Grundschulverbände in eine weitgehende Planungssicherheit zu führen. Mit dieser Zielsetzung bin ich gerne bereit, auch Situation und Perspektive der in der Innenstadt gelegenen städt. kath. Grundschule Josefschule zu erörtern, zumal – wie durch Herrn Schulamtsdirektor Forthaus eingetragen – offensichtlich eine Nachbesetzung der mit dem neuen Schuljahr vakanten Leiterstelle nicht herzustellen ist.“

Aus diesen Formulierungen, zitiert aus einem offiziellen Schreiben der Stadt an die Bezirksregierung, gehe eindeutig die Absicht der Schulverwaltung hervor.

Herr Brüggemann zitierte ferner auszugsweise aus dem Schulministerium vom 24.05.2006:

„Die Vertreter der ev. und kath. Kirche haben in der heutigen Anhörung des Landtages den Wunsch geäußert, Bekenntnisschulen als Teil eines Grundschulverbundes fortzuführen“.

Als Fazit stellte Herr Brüggemann fest:

- An dieser Stelle würde die CDU/FDP-Landesregierung im Schulgesetz mit der Novellierung des § 82 einen auch kleinere Schulstandorte sichernden Weg öffnen.
- Es ist richtig, dieses Angebot zu nutzen.
- Es ist richtig, das auf die beiden kleineren Kamener Schulen prüfend und abwägend anzuwenden.
- Es ist festzustellen, dass durch die Rücknahme des CDU-Antrages Unruhe in Schule und Schulumfeld mindestens der städt. kath. Grundschule Josefschule eingetragen worden ist.
- Und das ist Anlass für die Schulverwaltung, in dieser Sitzung des Schul- und Sportausschusses die Inhalte und Chancen des neuen Schulgesetzes anzusprechen und auch als solche zu begreifen und zu nutzen.

Für die Verwaltung ergebe sich daraus die Perspektive, auch künftig an der Arbeitsrunde bei der Bezirksregierung teilzunehmen. Überdies sei beabsichtigt, die Chancen und die aus dem Schulgesetz wachsenden Vorteile für die kleineren Schulen zu erörtern. Alles andere sei seines Erachtens nach vorwerfbar.

Herr Brüggemann bat abschließend die politischen Parteien im Schul- und Sportausschuss und insbesondere die CDU-Fraktion, diesen Weg politisch konstruktiv und im wohlmeinenden Sinne der Angebote des neuen Schulgesetzes zu nutzen.

Gemeinsam sollte sensibel darauf geachtet werden, Missverständnisse zu vermeiden und mindestens keine weiteren zu produzieren. Die Verwaltung werde über die Gespräche von Fall zu Fall informieren.

Bei der Diskussion um Grundschulverbände, stellte Frau **Dyduch** mit Bezug auf § 82 Abs. 3 Schulgesetz klar, gehe es im Kern um langfristige Perspektiven für kleinere Grundschulen. Die SPD-Fraktion habe verstanden und halte es für richtig, dass sich die Verwaltung diesen grundsätzlichen Fragen für die Zukunft stellt und in einer Arbeitsgruppe auf Ebene der Bezirksregierung mitarbeite. Die Diskussion im Vorfeld schaffe Unsicherheiten für die Josefschule.

Herr **Kissing** hielt die Meinungen im Prinzip für nicht weit auseinander liegend. Die CDU-Fraktion habe den Antrag zurückgenommen, um keine Prüfrichtung vorzugeben. Die sich aus den vielen gesetzlichen Änderungen ergebenden Fragen sollten in Ruhe geprüft und bewertet werden. Die Prüfung sei Aufgabe der Verwaltung und solle im Rahmen des Gesetzes auch nicht in eine bestimmte Richtung gehen. Herr Kissing zeigte sich verwundert über die Bewertung des zurückgezogenen CDU-Antrages durch die Verwaltung. Für seine Fraktion gelte die besondere Aufmerksamkeit dem Elternwillen, so dass eine Lösung mit den Eltern gefunden werden sollte. Bevor Unsicherheiten entstünden, könnte zunächst die Intimität eines Arbeitskreises hilfreich sein. Herr Kissing sprach kurz die Problematik an, die auch seitens der Kirchen gesehen werde.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass erst durch die Rücknahme eines sinnhaften Antrages auch durch das Schulumfeld der städt. kath. Josefschule eine öffentlich falsche Bewertung erfolgt sei. Insofern sei der Verwaltung eine Richtigstellung der Abläufe wichtig.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilungen der Verwaltung

4.1.1 Herr **Güldenhaupt** informierte, dass im März eine Begehung der Sporthalle Südschule im Rahmen des "Öko-Scheck im Sport" stattgefunden habe.
Das Gutachten liege noch nicht vor.

4.1.2 Herr **Güldenhaupt** teilte weiter mit, dass die Gespräche mit den Vereinen bezüglich der Übertragung von Sportstätten noch andauern. Die Verwaltung werde in einer der nächsten Sitzungen des Schul- und Sportausschusses berichten.

4.2 Anfragen

Frau **Dyduch** bezog sich auf die geplante Änderung des § 96 Abs. 3 Schulgesetz, wonach über weitere Entlastungen vom Eigenanteil für Lernmittel der Schulträger in eigener Verantwortung entscheiden soll und bat um Mitteilung, ob und ggf. welche Regelung die Stadt Kamen getroffen habe.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass das Land entgegen der angekündigten Regelung, den Eigenanteil für alle Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II entfallen zu lassen, nunmehr den Kommunen die Entscheidung überlassen will. In Abstimmung mit dem kommunalen Nachbarn werde zurzeit eine kreiseinheitliche Regelung gesucht.

Vorsitzender

Schriftführer

Anlagen

Produktdarstellungen